

Antrag

der Abgeordneten Norbert Kleinwächter, Marc Bernhard, Stephan Brandner, Petr Bystron, Siegbert Droese, Dr. Michael Esendiller, Markus Frohnmaier, Mariana Iris Harder-Kühnel, Dr. Heiko Heßenkemper, Jörn König, Jens Maier, Uwe Schulz und der Fraktion der AfD

Ökonomische Nachhaltigkeit statt einer Europäischen Union der sozial-ökologischen Transformation

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Grundidee der Europäischen Union bestand in dem Ziel, durch wirtschaftliche Zusammenarbeit Wohlstand zu schaffen und so endlich Frieden in Europa zu erreichen. Die Abkehr von marktwirtschaftlichen Prinzipien, die mit einer Hinwendung zu ideologischer Politik verbunden ist, gefährdet diese ursprüngliche Grundlage der Europäischen Union.

Waren es vor wenigen Jahren noch der Bruch der Maastricht-Verträge und die Überschuldung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und insbesondere des Euroraums, die eine Abkehr von der ökonomischen Nachhaltigkeit ankündigten, sind es nun Projekte der sogenannten „sozial-ökologischen Transformation“, welche die EU-Kommission offen bekundet und anstrebt. So will sie in ihrem „Green Deal“ nichts weniger als die Wirtschaft und Gesellschaft völlig umgestalten:

„Der europäische Grüne Deal ist [...] eine neue Wachstumsstrategie, mit der die EU zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft werden soll, in der im Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist. [...] Die EU als Ganze ist in der Lage, ihre Wirtschaft und Gesellschaft umzugestalten“ (COM(2019) 640 final, S. 2).

Der Bundestag lehnt diese radikale Umgestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft ab. Kern der Marktwirtschaft ist es, dass sich die Kräfte des Marktes, der Kreativität und der Wirtschaftlichkeit frei entfalten können und keinen planwirtschaftlichen Vorgaben folgen. Zudem ist die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft die freie Entfaltung. Indem Vorgaben für die Umgestaltung der Gesellschaft gemacht werden, soll die Basis der demokratischen Gesellschaft selbst umgestaltet werden; damit stellt der Plan der Umbau der Gesellschaft einen Angriff auf die Demokratie selbst dar.

Bei allen Plänen der angeblichen ökologischen Nachhaltigkeit, die sich durch einen Fokus auf die Einsparung von Kohlenstoffdioxidemissionen eben nicht erreichen lässt, wird die ökonomische Nachhaltigkeit vergessen. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten verspielen durch ihre verantwortungslose Politik die Zukunft der Jugend,

denn sie vernichten die ökonomischen Grundlagen für eine Existenz in Wohlstand, Demokratie und Verantwortung in der Zukunft.

Die ökonomische Unvernunft zeigt sich in Systematiken, die den Prinzipien der volkswirtschaftlichen Vernunft diametral gegenüberstehen. Die Europäische Union ist ein Staatenbund mit hoch verschuldeten Mitgliedstaaten, die es in wesentlichen Teilen nicht mehr schaffen, ihre Sozialsysteme der Zukunft adäquat zu finanzieren. Durch den „Next Generation EU“-Fonds verpflichteten sich die Mitgliedstaaten zur zusätzlichen Finanzierung von 750 Mrd. Euro über viele Jahre hinweg und begründeten den Einstieg in eine Schuldenunion. Die Target2-Salden im Euroraum führen zu historischen Höchstständen und sind ebenso ein Spiegelbild der ökonomischen Unvernunft wie der Euro selbst, den die EZB ausschließlich durch extrem expansive Geldpolitik und Negativzinsen am Leben halten kann. Negativzinsen widersprechen jeglicher Logik der Geldpolitik und schaden massiv dem Geldsystem, während die ständige Geldmengenerweiterung mittelfristig zur Inflation führt und finanzielle Rücklagen entwertet.

Aufgabe der Mitgliedstaaten der Europäischen Union wäre es, auf ökonomische Nachhaltigkeit zu zielen und die Grundlagen des wirtschaftlichen Wachstums auch in der Zukunft durch eine vernünftige Ordnungspolitik, liberale Grundhaltung und eine stabile Währung sicherzustellen. Indem die Europäische Union auf eine vorgebliche ökologische statt einer ökonomischen Nachhaltigkeit drängt, verspielt sie dieses ökonomische Kapital, wird zu einer massiven Schrumpfung und Vernichtung großer Wirtschaftszweige beitragen und damit die Grundlage für Armut in der gesamten Europäischen Union, auch in Deutschland, legen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. die deutsche Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union dazu zu nutzen, nachdrücklich für ökonomische Nachhaltigkeit im Wirtschaften einzutreten und den Green Deal als gegen den Wohlstand Europas gerichtetes Projekt zu geißeln;
2. die Beteiligung am „Next Generation EU“-Fonds zu widerrufen;
3. keinen Projekten zuzustimmen, die auf eine sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft zielen;
4. einer Anhebung der Klimaziele der Europäischen Union eine klare Absage zu erteilen;
5. nachdrücklich für einen Ausgleich der Target2-Salden einzutreten;
6. sich festen Klimaanteilen im europäischen Haushalt energisch zu widersetzen;
7. stets die ökonomischen Grundlagen für eine Zukunft in Wohlstand im Blick zu behalten, die Wirtschaft zu stärken, Schulden abzubauen und zu vermeiden, die Sozialsysteme abzusichern, Investitionen ohne positiven ökonomischen Effekt zu unterlassen und so eine Grundlage für den Wohlstand unserer Jugend zu schaffen.

Berlin, den 11. September 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion